

Der Essener Parteitag der SPD:

Weichenstellung ins Sicherheitspolitische Abseits

- A. Behauptungen und Forderungen
- B. Stellungnahmen zu den wichtigsten Einzelforderungen
- C. Zusammenfassende Bewertung
- D. Schlußbemerkung
- E. Zitate

A. Behauptungen und Forderungen des SPD-Parteitages in Kurzfassung:

- Die Bundesrepublik kann das für sie „erreichbare Maß an Sicherheit“ nur erreichen, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen im Bündnis einbringen und „durchsetzen“ kann.
- Innerhalb einer insgesamt als „stabil“ wahrgenommenen Situation kann man partielle Über- oder Unterlegenheit hinnehmen.
- Erneuter Vorwurf an die USA, sie hätten die gemeinsame Bündnisgrundlage (Defensivstrategie, Prinzip des Gleichgewichts, Entspannungspolitik) verlassen.
- Vorwurf an die USA, sie wollen mit ihrer Rüstungspolitik den Gegner aus der Position der Überlegenheit zum Nachgeben zwingen und gefährden damit den Weltfrieden.
- Für die Bundesrepublik ist eine grundsätzliche Umorientierung in der Sicherheitspolitik notwendig.
- Zu fordern ist ein neues Sicherheitskonzept, das von der nuklearen Abschreckung wegführt und sich auf eine defensive konventionelle Struktur mit struktureller Nichtangriffsfähigkeit beschränkt.
- Forderung nach schrittweisem Abbau von taktischen Atomwaffen, Hebung der atomaren Schwelle bis zu einer kernwaffenfreien Zone in Europa.

Jedoch:

Ablehnung einer konventionellen Verstärkung.

- Forderung nach Schaffung einer „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ der Bundeswehr mit insgesamt niedrigeren Verteidigungskosten.
- Bei den MBFR-Verhandlungen ist nicht von einem Gleichgewicht der Kräfte, sondern von der rein defensiven Aufgabe des westlichen Bündnisses auszugehen.
- Überwindung der Blöcke und Schaffung einer europäischen Friedensordnung auf der Grundlage der „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Sowjetunion.
- Forderung nach Einfrieren der Verteidigungsausgaben.

B. Stellungnahme zu den wichtigsten Einzelforderungen:

1. Die Bundesrepublik könne das für sie „erreichbare Maß an Sicherheit“ nur dann erreichen, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen im Bündnis einbringen und „durchsetzen“ kann.

Stellungnahme:

- Diese Behauptung hat Forderungscharakter. Die SPD bejaht zwar die weitere Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Bündnis, macht diese aber von der „Durchsetzung“ ihrer „eigenen Sicherheitsinteressen“ im Bündnis abhängig. Unter „eigenen Sicherheitsinteressen“ versteht die SPD im wesentlichen:
 - Die Ablehnung der Politik und Strategie der Vereinigten Staaten.
 - Die Leugnung der Offensivpolitik Moskaus.
 - Die Hinnahme partieller Unterlegenheit der NATO in Europa.
 - Die Forderung nach Änderung der Strategie und der Streitkräftestruktur der NATO (Denuklearisierung, „strukturell gesicherte Nichtangriffsfähigkeit“).
 - Die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage der „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Sowjetunion.

Damit knüpft die SPD den weiteren Verbleib der Bundesrepublik im Bündnis an Voraussetzungen, von denen sie genau weiß, daß sie im Bündnis nicht – oder nur zum Preis der Selbstaufgabe – erfüllt werden können.

Die SPD verläßt damit bewußt die gemeinsame Sicherheitspolitik und Strategie des Bündnisses. Sie bringt die Bundesrepublik mit diesen Forderungen in eine unüberbrückbare Konfliktlage mit den anderen Bündnispartnern: Abhängigkeit vom Wohlwollen Moskaus, Isolation und Zerstörung des Bündnisses.

2. Innerhalb einer „insgesamt als stabil“ wahrgenommenen Situation ist partielle Über- oder Unterlegenheit hinzunehmen.

Stellungnahme:

- Mit dieser Forderung verabschiedet sich die SPD von der „Politik des Gleichgewichts“, die im Bündnis seit über 15 Jahren gemeinsame Grundlage nicht nur der Verteidigungsanstrengungen, sondern auch der **Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik** war.
Diese Forderung kann in Moskau nur als Anerkennung des sowjetischen Anspruchs auf Überlegenheit und als Aufforderung zur Fortsetzung der sowjetischen Hochrüstung verstanden werden.
- Mit der Charakterisierung der Lage als „insgesamt stabil“ sollen die Ergebnisse des sowjetischen Überlegenheitsstrebens und der Hochrüstungspolitik Moskaus verdeckt werden.
- Die Forderung, partielle Unterlegenheit hinzunehmen, zielt (in Verbindung mit der Forderung nach „Denuklearisierung“ der NATO und Ablehnung einer konventionellen Verstärkung) offensichtlich auf die Inkaufnahme einer militärischen Überlegenheit des Warschauer Paktes in Europa sowohl auf konventionellem als auch auf nuklearem Sektor.
- Es ist bezeichnend, daß „partielle Überlegenheit“ der Sowjetunion hingenommen werden soll, die zur Wiederherstellung des Gleichgewichts eingeleiteten Rüstungsmaßnahmen der Vereinigten Staaten jedoch als „Überlegenheitsstreben“ und als Beweis für eine „Offensivstrategie“ diffamiert werden.
- Die Charakterisierung der Lage als „insgesamt stabil“ steht im Widerspruch zur Krisenstimmung, die die SPD sonst verbreitet (Gefahr des Ausbruchs eines Nuklearkrieges in Europa).
- Im übrigen ist zu fragen, warum die SPD eine grundsätzliche Neuorientierung der Sicherheitspolitik, eine andere Strategie und andere Streitkräftestrukturen fordert, wenn sie die Lage als „insgesamt stabil“ beurteilt.

3. Änderung der Bündnisstrategie durch schrittweisen Abbau von taktischen Atomwaffen, Hebung der atomaren Schwelle bis hin zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

Stellungnahme:

- In Weiterentwicklung der NATO-Strategie der Flexiblen Reaktion ist das Bündnis seit längerem bemüht, sich vom Zwang zum frühen Einsatz von Kernwaffen zu befreien. Die Reduzierung von taktischen Atomsprengkörpern ist längst eingeleitet. Was die SPD will, ist jedoch etwas grundsätzlich anderes: Sie will den Verzicht des Bündnisses auf nukleare Abschreckung in Europa. Gleichzeitig lehnt die SPD jedoch eine konventionelle Verstärkung des Bündnisses ab.

Dies ist der erklärte Verzicht auf eine Politik und Strategie der Abschreckung und Kriegverhinderung. Er führt zwangsläufig zur Unterwerfung Westeuropas unter ein nukleares Supremat und damit unter eine politische Hegemonie der Sowjetunion („Sicherheitspartnerschaft“).

- Die Forderung, die Rolle der Nuklearwaffen auf die „strategische Abschreckung“ zurückzuführen, ist unter diesen Voraussetzungen eine vorsätzliche Zerstörung des Verbundes zwischen Westeuropa und den USA. Es ist ein Rückschritt in die strategische Steinzeit.

4. „Defensive“ Struktur und Bewaffnung sowie Sicherung einer „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ der Bundeswehr.

Stellungnahme:

- Diese Forderung hat drei Komponenten:
 - Sie unterstellt der Bundeswehr in ihrer jetzigen Struktur eine generelle Angriffsfähigkeit und damit die Möglichkeit von Angriffsoptionen.
 - Sie sperrt sich gegen die erforderliche konventionelle Verstärkung sowie die Lösung des Langzeitproblems der Bundeswehr.
 - Sie signalisiert Moskau die Bereitschaft, im Rahmen einer „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Sowjetunion auf echte Verteidigungsfähigkeit zu verzichten.
- Die SPD kennt nach 13jähriger Regierungsverantwortung die jetzige Struktur und Bewaffnung der Bundeswehr. Sie hat sie selbst geprägt und weiß, daß von einer Angriffsfähigkeit oder von Angriffsoptionen nicht im entferntesten die Rede sein kann. Diese Unterstellung muß daher als ein psychologischer und agitatorischer Angriff auf die Bundeswehr verstanden werden. Er hat zur Folge, daß in der Bevölkerung Mißtrauen gegen die Bundeswehr geweckt und die Wehrwilligkeit untergraben wird.
- Für eine erfolgreiche **Vorneverteidigung** zum Schutz des Territoriums der Bevölkerung der Bundesrepublik gegen einen überlegenen, hochmechanisierten und feuerstarken Angreifer müssen unsere Streitkräfte die Fähigkeit erhalten, Einbrüche in die eigene Verteidigung durch Gegenangriffe zu beseitigen. Daher kann die Bundeswehr auf mechanisierte und gepanzerte Kampftruppen ebensowenig verzichten wie auf die Fähigkeit, mit den Luftstreitkräften nachrückende Feindverbände auch in der Tiefe des Gefechtsfeldes zu bekämpfen.
- Wer der Bundeswehr diese Fähigkeit nehmen will, nimmt ihr die Fähigkeit zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages. Da bei einer „rein defensiven“ Bewaffnung und Struktur der Bundeswehr - wie die SPD sie fordert - bei Erfolgen eines Angreifers nur die Möglichkeit bleibt, die Verteidigung weiter nach hinten zu verlagern, würde hierdurch der Krieg immer weiter ins eigene Land getragen, die eigene Bevölkerung im weit höheren Maß den Kriegsauwirkungen ausgesetzt und auf eine Wiederherstellung der territorialen Integrität verzichtet.

Verbunden mit dem Verzicht auf nukleare Abschreckung käme diese Art der „Verteidigung“ einer Einladung zum Angriff gleich. Der Angreifer ginge gar kein Risiko ein, Krieg wäre wieder denkbar.

Gerade weil die Bundesrepublik und die Bundeswehr sich konsequent auf Defensive und Verteidigung beschränken, ist zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit unter den Bedingungen der Vorneverteidigung eine Weiterentwicklung und Optimierung der jetzigen Struktur und Bewaffnung erforderlich.

5. Strategie und Rüstung (der NATO) müssen auf eigene Offensivoptionen verzichten und Offensivoptionen des Gegners mit einem untragbaren Risiko belegen.

Stellungnahme:

Mit dieser Forderung verwischt die SPD bewußt den grundlegenden Unterschied zwischen Offensivstrategie und operativer Offensivfähigkeit von Streitkräften, also auch der Fähigkeit einzelner Waffensysteme, in die Tiefe des Gefechtsfeldes und des gegnerischen Territoriums wirken zu können.

Ebenso wie für die Bundeswehr gilt für das ganze Bündnis, daß Offensivoptionen und -fähigkeiten weder vorhanden sind noch angestrebt werden. Dazu fehlen bereits die militärischen Kräfte und entscheidende logistische Voraussetzungen.

Aber auch für die Glaubwürdigkeit der Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie des Bündnisses sind einzelne Waffensysteme erforderlich, mit denen dem Gegner in der Tiefe des Gefechtsfeldes sowie auf seinem eigenen Territorium Schaden zugefügt werden kann. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um dem Gegner die Gefahr „untragbar hohen Risikos“ anzuseigen.

Mit der geforderten „Denuklearisierung“ (Abbau von Kernwaffen), der gleichzeitigen Verweigerung einer konventionellen Verstärkung und einer reduzierten Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr (durch die von der SPD verlangte „neuen Struktur und Bewaffnung“) entfallen alle Elemente, die dem Gegner für den Fall seines Angriffs ein hohes oder gar untragbares Risiko auferlegen. Eine solche Struktur schreckt vom Waffeneinsatz nicht mehr ab, sie lädt vielmehr dazu ein.

6. Überwindung der Blöcke und Schaffung einer „europäischen Friedensordnung“ auf der Grundlage einer „Sicherheitspartnerschaft“.

Diese Forderung entpuppt sich in ihrer eigentlichen Zielsetzung vor allem dadurch, daß bestimmte und entscheidende Voraussetzungen für eine derartige Entwicklung von der SPD nicht genannt werden.

Diese Voraussetzungen wären:

- Verzicht der Sowjetunion auf eine offensive und expansive Politik.
- Verzicht der Sowjetunion auf eine offensive Militärstrategie.
- Verzicht der Sowjetunion auf militärische Überlegenheit.

Da diese Forderungen als Voraussetzungen für eine „europäische Friedensordnung“ nicht erhoben werden, bedeutet die genannte Zielvorstellung der SPD (in Verbindung mit den anderen Forderungen wie Änderung von Strategie, Struktur und Bewaffnung der Streitkräfte) nichts anderes als eine Unterwerfung der Bundesrepublik oder ganz Westeuropas unter den hegemonialen Herrschaftsanspruch Moskaus.

7. Festschreibung des Verteidigungshaushaltes mit 19 Prozent Anteil am Gesamthaushalt.

Stellungnahme:

- Die SPD weiß, daß mit einer derartigen Beschränkung die Lösung der Langzeitprobleme der Bundeswehr und die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland in den späten achtziger und neunziger Jahren nicht möglich ist.

C. Zusammenfassende Bewertung:

1. Kennzeichnend für diesen Parteitag (und den weiteren Weg der SPD in der Sicherheitspolitik) sind drei grundlegende Widersprüche:

- a) Die SPD bejaht zwar die weitere Mitgliedschaft der Bundesrepublik im westlichen Bündnis, knüpft diese jedoch an Voraussetzungen, die das Bündnis nicht erfüllen kann. (Verzicht auf das Prinzip des Gleichgewichts, Forderung nach Änderung der Bündnisstrategie, Forderung nach einer veränderten Struktur und Bewaffnung der Streitkräfte.)
- b) Die SPD fordert zwar ein Anheben der nuklearen Schwelle bis hin zu einer De-nuklearisierung der NATO in Europa, ist jedoch nicht bereit, die bisher auch von ihr stets betonte Voraussetzung für ein Anheben der nuklearen Schwelle, eine Verstärkung der konventionellen Kräfte, mitzutragen.
- c) Die SPD bejaht zwar die Bundeswehr. Ihre Forderungen nach einer neuen Struktur und Bewaffnung laufen jedoch darauf hinaus, daß die Bundeswehr ihre Fähigkeit zur Erfüllung des Verteidigungsauftrages verliert. Damit würden sowohl die Bundesrepublik als auch die Bundeswehr sicherheitspolitisch und militärisch in eine Statistenrolle gedrängt werden. Geographisch aber sind wir Zentrum Europas.

2. Der SPD-Parteitag in Essen spiegelt die rasanten innerparteilichen Entwicklungen und Veränderungen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik wieder:

- Bei ihrem „Nein“ zur Nachrüstung im vergangenen Herbst konnte man der SPD noch zubilligen, daß sie sich unter einem gewissen Druck der „Friedensbewegung“ und der Nachrüstungsdiskussion sah.

Es bestand zumindest noch die Möglichkeit, daß das Pendel in der weiteren innerparteilichen Entwicklung wieder zurückschlagen und die SPD zu einer realistischeren Grundhaltung in der Sicherheitspolitik zurückfinden werde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Die jetzigen Weichenstellungen erfolgten ohne jeden Druck aus der Bevölkerung und ohne ausdrückliche Plebiszite der Untergruppierungen der Partei.

Für die Bewertung der veränderten Haltung der SPD ist die Verschiebung der innerparteilichen Konstellationen von Bedeutung:

Diejenige Gruppierung, die im vergangenen Jahr die Vertreter der bis dahin betriebenen Sicherheitspolitik der SPD von links aus einer Außenseiterrolle heraus (z. B. Eppler, Lafontaine) attackierten und sich damit durchsetzten, sahen sich bei diesem Parteitag ihrerseits in der Rolle der Defensive gegen eine neue starke Gruppierung von links (vor allem Gilges) mit weitergehenderen Forderungen.

Die Auseinandersetzung zwischen diesen Gruppierungen war jedoch nicht programmatischer, sondern taktischer Natur.

Es ging den sicherheitspolitischen „Vordenkern“ Bahr, Ehmke und Eppler vor allem darum, einen „unkontrollierten Ausbruch“ nach vorn zu verhindern, um nach entsprechender Vorbereitung zu einem geeigneten Zeitpunkt (vor der nächsten Bundestagswahl) mit der „neuen Sicherheitspolitik“ als angeblich „großem programmatischen Wurf“ vor die Öffentlichkeit treten zu können.

D. Schlußbemerkung

1. Nach dem Nein zur Nachrüstung ist mit dem Essener Parteitag die grundsätzliche Weichenstellung für den weiteren sicherheitspolitischen Weg der SPD vollzogen.

Mit diesem Weg

- kündigt die SPD endgültig die zwanzigjährige gemeinsame Grundlage der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland,
- betreibt die SPD den einseitigen Verzicht auf Kriegsverhinderung durch Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit,
- erkennt die SPD die sowjetische Überlegenheit in Europa an,
- löst die SPD die Bundesrepublik aus dem Atlantischen Bündnis und unterwirft sie der politischen und militärischen Hegemonie Moskaus,
- setzt die SPD ihre Verleumdungskampagne gegenüber den Vereinigten Staaten fort,
- leugnet die SPD weiterhin den expansiven politischen Willen, die offensive Militärstrategie sowie das Streben nach Überlegenheit und Angriffsfähigkeit der Sowjetunion,
- verweigert sich die SPD der Sicherung der Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik in den neunziger Jahren,
- beabsichtigt die SPD eine Reduzierung der Bundeswehr,
- fordert die SPD eine Struktur und Bewaffnung, mit der die Bundeswehr ihre Verteidigungsfähigkeit verliert.

Dieser Weg ist daher

- ein Weg, der über ein sicherheitspolitisches Niemandsland in die politische und militärische Hegemonie Moskaus führt,
- ein Weg, der das Risiko eines Krieges nicht mindert sondern steigert,
- ein Weg, der zum schrittweisen Verlust unserer Freiheit führen muß.

Aufgrund der Entwicklung der Meinungs- und Mehrheitsverhältnisse in der SPD besteht keine Hoffnung, daß die SPD in absehbarer Zeit zu einer realistischen Sicherheits- und Freiheitspolitik zurückfindet.

Die SPD hat sich damit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik selbst zur Regierungsunfähigkeit verurteilt.

E. Zitate

„Eine grundsätzliche Umorientierung in der Sicherheitspolitik ist notwendig.“
(Leitantrag)

„Ein neues Sicherheitskonzept muß von der nuklearen Abschreckung wegführen und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird.“
(Leitantrag)

„Strategie und Rüstung müssen auf eigene Offensivoptionen verzichten und Offensivoptionen des Gegners mit einem untragbar hohen Risiko belegen.“
(Leitantrag)

„Innerhalb einer insgesamt als stabil wahrgenommenen strategischen Situation kann man partielle Über- und Unterlegenheiten hinnehmen.“
(Leitantrag)

„Streitkräftestrukturen und Bewaffnung der Bundeswehr müssen unverwechselbar defensiv sein . . . Dazu ist allenfalls eine Umstrukturierung, keine Ausweitung der konventionellen Rüstung nötig.“
(Leitantrag)

„Die konventionelle Rüstung muß schrittweise auf eine Defensivstruktur im Sinne struktureller Nichtangriffsfähigkeit umgestellt werden.“
(Leitantrag)

„Die Hebung der nuklearen Schwelle darf nicht zur Beruhigungsspiele werden, mit der man zusätzlich eine neue konventionelle Aufrüstung der Menschen mundgerecht und verdaubar machen will.“
(Bahr)

„Für mich ist die NATO nicht der Endzustand der Sicherheitspolitik.“
„Aber man kann nicht um jeden Preis in der NATO sein!“
(Gilges)
(Scharf)

„Bei der Beurteilung der konventionellen Stärke der NATO ist nicht von einem rein zahlenmäßigen Gleichgewicht mit der Warschauer Vertragsorganisation auszugehen, sondern von der rein defensiven Aufgabe des westlichen Bündnisses.“
(Leitantrag)